

Panel 1: Kolumbien im Internationalen System – Bedroht oder Bedrohung?

EU soft power und Uribe's "demokratische Sicherheit"

Karl Buck

Wenige Länder werden derart unterschiedlich beschrieben wie Kolumbien, von einem autoritären Staat, der mit Hilfe der USA und paramilitärischer Terrorgruppen die Bevölkerung unterdrückt, bis zur tapferen Regierung, die das Volk schützt, indem sie Terrorgruppen und "Narcoguerrillas" bekämpft und demobilisiert, gegen Drogenproduktion kämpft und trotz langer bewaffneter Konflikte erstaunliche makroökonomische Entwicklungsdaten nachweisen kann.

Anhand der besonderen Situation lassen sich die vielfältigen Möglichkeiten der EU als soft power mit breitem Instrumentarium für politische Einflussnahme, handelspolitische Unterstützung und Entwicklungskooperation, aber auch ihre Grenzen aufzeigen. Besondere Beachtung findet die EU-Einflussnahme zugunsten besserer gesetzlicher und prozeduraler Grundlagen des DDR-Prozesses (Justice and Peace law, law of victims...).

Dr. Karl Buck, geb. 1944 in Süddeutschland. Studium der Politischen Wissenschaften und Romanistik in Tübingen, Lyon, Santiago de Chile und Gainesville/Florida. Dissertation 1973 bei Prof. Klaus von Beyme über "Die Sozialistische Partei Chiles 1933-73". Wissenschaftlicher Assistent am IfP der Univ. Tübingen 1972-78, damals Veröffentlichungen über "Eurokommunismus und Eurosozialismus" (1975), "Der Beitritt Griechenlands zur EG" (1977). Seit 1978 EU-Beamter im Generalsekretariat des EU-Ministerrates der EU (Bereiche: Beziehungen zum EP, Haushalt, Mittelmeer, Lateinamerika und Kariben, AKP-Staaten. 2002-2009 Abteilungsleiter für Lateinamerika und Kariben. Zahlreiche Artikel über EU Institutionen, Entwicklungspolitik, Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika und Kariben. Verheiratet, 3 Kinder. Sprachen: insbesondere DE, EN, FR, ES, IT.

Kolumbien und seine Nachbarn

Wolf Grabendorff

Der interne Konflikt Kolumbiens hat schon seit Jahren seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten geprägt. Ideologische Meinungsverschiedenheiten vor allem hinsichtlich der Rolle der USA in der Andenregion und der Duldung kolumbianischer Guerillaaktivitäten jenseits der gemeinsamen Grenzen haben das Verhältnis zu Ecuador und Venezuela erheblich belastet, so dass zu beiden Staaten zeitweilig keine diplomatischen Beziehungen mehr bestanden und darüber hinaus eine Fülle gegenseitiger Anschuldigungen eine „Kalte Kriegs-Stimmung“ hervorgerufen haben. Rüstungskäufe Venezuelas und angekündigte Gegenmaßnahmen Kolumbiens haben ebenso wie wirtschaftliche Boykottmaßnahmen und Grenzzwischenfälle in jüngster Zeit zu einer erneuten Verschärfung der bilateralen Konfliktsituation beigetragen.

Dr. h.c. Wolf Grabendorff ist Politikwissenschaftler und Publizist; Senior Fellow bei Western Hemisphere Studies, SAIS, The Johns Hopkins University; früherer Direktor des Programms für regionale Sicherheitskooperation der Friedrich Ebert Stiftung in Santiago de Chile bzw. Repräsentant der FES in Kolumbien.

Weht ein neuer Wind aus dem Weißen Haus? – USA und Kolumbien

Jan Pospisil

Der 1999 veröffentlichte „*Plan Colombia*“ ist nach wie vor der wesentliche Orientierungspunkt in den bilateralen Beziehungen Kolumbiens und der USA. Im Gegensatz zur oft vorgebrachten Kritik an seinem anti-demokratischen Gehalt muss der Plan durchaus im Kontext der US-amerikanischen Demokratisierungsbemühungen in globalem Rahmen gesehen werden, die Mitte der 1980er-Jahre mit einem ersten Paradefall, den Philippinen, einsetzen. Allerdings geht der Plan spätestens mit der Übernahme der kolumbianischen Präsidentschaft durch Álvaro Uribe Vélez und die Ausrufung der Politik der „Demokratischen Sicherheit“ weit über ein populistisch konstruiertes Eliten-Projekt hinaus. Vielmehr kann die Ausrichtung der Präsidentschaft Uribe mit ihrer Politik der harten Hand und ihrem dezidierten Anti-Populismus als die Etablierung einer „*low-intensity democracy*“ verstanden werden, die aus Blickpunkt der USA Leuchtturmcharakter für ganz Lateinamerika annehmen könnte.

Dabei verfolgen die USA drei getrennt voneinander zu betrachtende, jeweils für sich stehende Strategien: (1) der Kampf gegen die konstruierte Bedrohung der „Drogen“, der mittlerweile eine Eigendynamik angenommen hat; (2) die Garantie eines stabilen, politischen wie militärischen Verbündeten gegen den zunehmenden Linkspopulismus in Lateinamerika; (3) die ideologisch zu verstehende Etablierung eines demokratischen Vorpostens in der Region, wobei speziell der letzte Punkt seit einem halben Jahrzehnt mit bemerkenswerter Ernsthaftigkeit verfolgt wird. Angesichts der politischen Erfolge von Morales (Bolivien) und Chavez (Venezuela) bleibt der Handlungsspielraum für die USA auch unter der nun demokratisch dominierten Administration der Präsidentschaft Obama schmal. Zugleich könnten sich öffnende neue Wege auf geopolitischer Ebene – etwa eine Ausweitung des Bündnisses mit Brasilien – eine Relativierung der Position Kolumbiens im regionalen Machtgefüge bedeuten und somit die Position von Uribe, insbesondere im Falle einer demokratisch fragwürdig etablierten dritten Amtsperiode, strategisch schwächen.

Jan Pospisil ist „Affiliated Researcher“ am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seit dem Jahr 2004 arbeitet er zur Verbindung der Komplexe von Sicherheit und Entwicklung sowie zur Frage von Fragilität und bewaffneten Konflikten in der Peripherie, insbesondere in Ostafrika.